

## Immer mehr außereheliche Kinder

In Malaysia werden zunehmend außereheliche Kinder geboren. Nach Angaben des Einwohnermeldeamts (NDR) sind allein zwischen 2006 und 2010 234.674 Fälle verzeichnet worden. Dies sei eine »alarmierende Situation«, so NDR-Direktor Alwi Ibrahim über diesen Trend, bei dem auf absehbare Zeit kein Rückgang zu erkennen sei. Bei Nicht-Muslimen gelten in Malaysia die Kinder unverheirateter Frauen als unehelich, während der Status »außerehelich« nach der Fatwa an Babys vergeben wird, deren Eltern nicht die »akad nikah«, die muslimische Hochzeitszeremonie vollzogen haben, oder deren Kinder eher als sechs Monate danach geboren werden. Für diese Entwicklung macht Alwi die generell steigende Geburtenrate und zunehmende Anzahl an Im-

migranten verantwortlich, aber auch das Unwissen über die Gesetze zur Geburtenregistrierung und dass die jüngere Generation pornografischen Material ausgesetzt sei. Daher müssten auch andere Behörden, wie das Ministerium für Frauen, Familie- und Gemeindeentwicklung und die Islamische Entwicklungsbehörde, sowie Eltern und Schulen mit ins Boot geholt werden, um über angemessene Gegenmaßnahmen zu entscheiden: »Wir stehen alle in der Pflicht. Wir brauchen ordentlichen Aufklärungsunterricht, damit jeder Einzelne die vollen Auswirkungen und die Verantwortung, die aus Sex erwachsen, versteht«, so Alwi weiter. Zudem würden außereheliche Kinder unter dem Scharia-Recht benachteiligt.

vgl. AsiaOne News, 21.3.2011

## Polizisten übernehmen Patenschaften

Ende April 2011 ist in Kuala Lumpur das *School Adoption Programme* gestartet, das neueste Pilotprojekt der Polizei zur Vermin- derung von Straftaten an Schulen. In Kooperation mit bislang zehn weiterführenden Schulen im Stadtgebiet sollen Polizisten in dem Mentoren-Programm einerseits gezielt Problemschülern helfen und zudem allen Schülern Selbstvertrauen und Verantwortungsgefühl für die Gesetze des Landes und die Rolle der Polizei vermitteln, so Kuala Lumpurs Polizeichef Zulfiki Abdullah. Bis Ende 2011 werden demnach 150 Polizisten, die bereits im Vorfeld ein spezielles Training zur Vorbereitung absolvieren müssen, in das Programm eingebunden, das unter anderem auch Motivations- und

Führungscamps, Rhetorik- Wettbewerbe und Besuche im Polizeimuseum, sowie in Gefängnissen beinhaltet. Zulfiki verspricht sich von dem Projekt jedoch nicht nur einen positiven Einfluss auf die Schüler, sondern erwartet auch bei den Polizisten einen Push für das Selbstbewusstsein, wenn sich ihre persönlichen Anstrengungen vorteilhaft auf das Verhalten und Leben der Kinder auswirken. Da es keine Eingangskriterien für die teilnehmenden Schulen gibt, rechnet er fest mit einer Ausweitung des Programms, das zeitgleich von zuständigen Schul- und Bildungsbehörden auf Verbesserungen ausgewertet wird.

vgl. Bernama, 27.4.2011; The Star Online, 28.4.2011

## Umerziehungscamp für »verweichlichte« Jungen

Für »zu feminines Verhalten« sind im Bundesstaat Terengganu 66 Schuljungen im Alter von 13 bis 17 Jahren in ein viertägiges Umerziehungscamp geschickt worden. Im Camp sollen die Jungen durch Religions- und Motivationskurse, sowie physisches Training zu männlicherem Benehmen animiert werden. Terengganus Erziehungsminister Razali Daud rechtfertigte das umstrittene Programm mit der Begründung, dass derart verweichlichtes Benehmen unnatürlich sei und das Studium sowie die Zukunft der Kinder beeinflusse. Er könne es zwar nachvollziehen, dass einige Jugendliche homo- oder transsexuell sein würden, doch werde der Staat sein Bestes tun, um ihre Anzahl zu limitieren. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen kritisierten das Programm scharf für die Förderung von Homophobie und forderten für den Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention dessen Abschaffung. Malaysias Familienministerin Sharizat Abdul Jalil äußerte sich unterdessen empört darüber, dass diese Art der Aussonderung bei den Betroffenen Traumata oder andere psychologische Nachwirkungen hervorrufen könne. Der malaysische Homosexuellen-Aktivist Pang Khee Teik verurteilte die aktive Beteiligung des Staates an der Schikane einer ohnehin verletzlichen Gruppe, die zusätzlich der Lächerlichkeit ausgesetzt werde: »Wir alle wissen, dass die Selbstmordrate in der Welt bei lesbischen, schwulen, bi- und transsexuellen Leuten überaus hoch ist, besonders, wenn sie dazu gezwungen werden, sich an ein bestimmtes Verhalten anzupassen, von dem sie wissen, dass sie es unmöglich können, egal wie sehr sie sich auch anstrengen.« Im mehrheitlich muslimischen Malaysia ist Homosexualität verboten und kann mit einer Haftstrafe von bis zu 20 Jahren geahndet werden.

vgl. The Straits Times, 19.4.2011; ABC Asia Pacific News, 21.4.2011

KURZ NOTIERT

malaysia

## Film über Homosexuelle – ein Kinohit

Neugierige Zuschauer haben Malaysias ersten Film mit einer homosexuellen Liebesgeschichte zum Kinohit gemacht. »Dalam Botol«, was so viel wie »in einer Flasche« bedeutet, schildert die Geschichte eines muslimischen Mannes, der sich für seinen Liebhaber einer Geschlechtsumwandlung unterzieht, die Beziehung zerbricht aber trotzdem. Homo-Aktivisten kritisierten, dass der Film ein ausnahmslos negatives Portrait von Homo- und Transsexuellen zeichnet. Dennoch konnten, trotz heterosexueller Schauspieler und ohne explizite Liebeszenen, die Produktionskosten von 320.000 US-Dollar überraschenderweise in nur fünf Tagen wiedereingespielt werden. Autorin und Produzentin Raja Azmi Raja Sulaiman führt den Erfolg des Films auf intensive Werbung vor Kinopremiere und auf Spekulationen über ein Verbot durch die staatliche Zensurbehörde zurück. Vor Drehbeginn hatte sie das Skript bei der staatlichen Zensurbehörde einreichen und den ursprünglichen Titel »Penis in einer Flasche« sowie einige Dialoge ändern müssen. »Dieses Ergebnis zeigt, dass das malaysische Publikum so einen Film vertragen kann, dass es offener und nicht mehr so konservativ ist.« Sie wünscht sich als Inspirationsquelle für andere Filme gesehen zu werden, die die Realität der Menschen darstellen und betonen, dass das Drehbuch auf Basis der Erfahrungen eines transsexuellen Freundes entstanden sei.

vgl. AP, 30.3.2011

## Kampf den Pfunden

Dank einer staatlichen Kampagne zur Bekämpfung von Fettleibigkeit haben Malaysias Schüler in Zukunft einen Grund mehr die Zeugnisvergabe zu fürchten: neben den normalen Noten sind alle Lehrer dazu angehalten, auch den Body Mass Index (BMI) mit dem Körperfettanteil des jeweiligen Schülers auf dem Zeugnis zu vermerken. Dadurch werde den Eltern eine realistischere Einschätzung des Gesundheitszustands ihrer Kinder ermöglicht und sie könnten besser entscheiden, ob deren Ernährung überwacht werden müsse, so Gesundheitsminister Liow Tiong Lai mit dem Verweis darauf, dass Malaysia den höchsten Anteil fettleibiger Menschen in ganz Südostasien aufweise. Die Kampagne, die unter

anderem auch den Verkauf von Fastfood und Softdrinks in Schulklassen verbietet, sei entgegen anderer Erwartungen positiv von den Schülern aufgenommen worden. Viele von ihnen hätten Angst davor, zu dick zu werden. Schätzungen des Gesundheitsministeriums zufolge ist derzeit ein Viertel aller malaysischen Kinder übergewichtig und mehr als zehn Prozent sind fettleibig. Die Behörden sehen die Schuld daran jedoch nicht einzig und allein bei den sich zunehmend verbreitenden Fastfood-Ketten und Straßenimbisse, sondern auch in den vielen frittierten, öligen und stark gewürzten Gerichten der malaysischen Küche.

vgl. Yahoo News Malaysia, 18.4.2011;

BBC News, 19.4.2011

## Mit Fingerabdrücken gegen Einwanderer

In dem Versuch, den Zustrom illegaler Einwanderer mit gefälschten Papieren zu unterbinden, hat die malaysische Regierung begonnen, Fingerabdrücke von Reisenden aus dem Ausland zu sammeln. Ab dem 1. Juni 2011 soll das System, das bislang nur verschiedene wichtige Einreisepunkte, wie den internationalen Flughafen von Kuala Lumpur abdeckt, landesweit implementiert werden. Behördenangaben zufolge gibt es rund zwei Millionen Illegale in Malaysia, hauptsächlich aus Nachbarländern wie Indonesien

und Burma. Laut dem Sprecher der Einreisebehörde kann durch den Vergleich der biometrischen Daten nun sichergestellt werden, dass Arbeitsmigranten nicht nur legal ins Land kommen, sondern auch, dass bereits abgeschobene Illegale nicht erneut unter falscher Identität einreisen. Mit 1,8 Mio. ausländischen Arbeitern in Baugewerbe, Produktion, Landwirtschaft oder Gastgewerbe gehört Malaysia zu den asiatischen Ländern mit dem höchsten Anteil an Arbeitsmigranten.

vgl. The Straits Times, 5.5.2011

## Christliche Anwältin unerwünscht

Victoria Jayasee Martin darf als Christin nach Auffassung des malaysischen Religionsrates nicht als Anwältin an Scharia-Gerichten praktizieren. Malaysia verfügt über zwei parallele Rechtssysteme: Während die Scharia-Gerichte sich vor allem mit den moralischen und familiären Belangen der Muslime befassen und schwerpunktmäßig Fälle von Scheidung, Polygamie oder Sorgerechtsstreitigkei-

ten verhandeln, sind die weltlichen Gerichte für die Nicht-Muslime zuständig. In der zunehmenden Zahl an Prozessen unter Scharia-Recht, die Muslime und Nicht-Muslime betreffen, sei es für letztere schwierig einen guten Rechtsbeistand zu finden, so der Anwalt von Martin. Martin selbst plant, gegen das Urteil in Berufung zu gehen.

vgl. New Straits Times, 17.3.2011